

2.

Dokumentation

Dokumentation – Deutschland

Frank Rehmet

Diese Dokumentation umfasst Daten zu Volksbegehren und Volksentscheiden auf Länderebene von 2015 bis 2017.

A. Saarland, 9. März 2015 bis 8. Juni 2015

Volksbegehren gegen zu hohe Dispozinsen

Die Initiatoren begannen Anfang April 2014 mit der Sammlung der Unterschriften für den Antrag auf Volksbegehren. Am 22. September 2014 reichten sie 5.255 Unterschriften ein (5.000 benötigt). Der Antrag wurde am 9. Dezember 2014 zugelassen.

Stimmberechtigte	Gültige Eintragungen	in %	Quorum
788.647	1.400	0,2	7 % = 55.206

Bekanntmachung des Landes vom 31.7.2015: Ergebnis des Volksbegehrens zur Begrenzung der Dispositions- und Überziehungskreditzinsen der saarländischen Sparkassen, in: Amtsblatt des Saarlandes, Teil II, Nr. 30/2015 vom 6.8.2015, S. 830–831.

Ergebnis: Das Volksbegehren ist nicht zustande gekommen.

B. Brandenburg, 15. Juli 2015 bis 14. Januar 2016

Volksinitiative gegen Massentierhaltung

Die Volksinitiative startete am 13. März 2014. Am 27. November 2014 wurden mehr als 33.000 Unterschriften eingereicht (20.000 benötigt). Nachdem der Landtag das Anliegen inhaltlich abgelehnt hat, beantragten die Initiatoren die zweite Verfahrensstufe, das Volksbegehren.

Stimmberechtigte	Gültige Eintragungen	in %	Quorum
2.094.458	106.742	5,1	80.000 = 3,9 %

Landesabstimmungsleiter, Auflistung Volksbegehren, <https://wahlen.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.312944.de> (Zugriff 24.6.2018) sowie Presseinformation des Landesabstimmungsleiters Nr. 03/2016 vom 27.1.2016: <https://wahlen.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.432968.de> (Zugriff 24.6.2018).

Ergebnis: Das Volksbegehren ist zustande gekommen. Nach Verhandlungen kam es im April 2016 zu einer Einigung, der einen Teilerfolg für die Initiatoren bedeutet. Der Landtag stimmte am 19. April 2016 der Einigung zu, so dass sich ein Volksentscheid erübrigte.

C. Brandenburg, 19. August 2015 bis 18. Februar 2016

„Gegen eine Erweiterung der Kapazität und gegen den Bau einer 3. Start- und Landebahn am Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg BER“

Die Volksinitiative startete am 8. Mai 2014. Am 14. Januar 2015 wurden 29.000 Unterschriften eingereicht (20.000 benötigt). Der Landtag lehnte am 30. April 2015 die Volksinitiative inhaltlich ab. Daraufhin beantragten die Initiatoren die zweite Verfahrensstufe, das Volksbegehren.

Stimmberechtigte	Gültige Eintragungen	in %	Quorum
2.094.458	52.087	2,5	80.000 = 3,9 %

Landesabstimmungsleiter, Auflistung Volksbegehren, <https://wahlen.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.312944.de> (Zugriff 24.6.2018) sowie Presseinformation des Landesabstimmungsleiters Nr. 06/2016 vom 4.3.2016: <https://wahlen.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.437452.de> (Zugriff 24.6.2018).

Ergebnis: Das Volksbegehren ist nicht zustande gekommen.

D. Hamburg, 29. November 2015

Parlamentsreferendum für die Bewerbung Hamburgs für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024

In Hamburg kann der Senat (Regierung) gemeinsam mit der Bürgerschaft (Landesparlament) ein Referendum anberaumen. Dies erfolgte 2015 zu folgender Fragestellung:

„Ich bin dafür, dass sich der Deutsche Olympische Sportbund mit der Freien und Hansestadt Hamburg um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahr 2024 bewirbt.“

Stimmbe-rechtigte	Abgege-bene Stimmen	in %	gültig	Ja	in %	Nein	in %
1.300.418	653.227	50,2	651.699	315.181	48,4	336.518	51,6

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, endgültiges Ergebnis des Olympia-Referendums in Hamburg am 29. November 2015, <http://www.statistik-nord.de/wahlen/wahlen-in-hamburg/volksentscheide/2015/> (Zugriff 24.4.2018). Bemerkenswert ist ein sehr hoher Anteil an Abstimmenden per Brief.

Ergebnis: Der Volksentscheid war nicht erfolgreich im Sinne der Initiatoren (Senat und Parlamentsmehrheit).

E. Brandenburg, 7. Januar 2016 bis 6. Juli 2016

Volksinitiative für größere Mindestabstände von Windrädern sowie keine Windräder im Wald

Die Volksinitiative startete am 30. Januar 2015. Mitte Juli wurden 30.000 gültige Unterschriften eingereicht (20.000 benötigt). Der Landtag lehnte Ende September 2015 die Volksinitiative inhaltlich ab. Daraufhin beantragten die Initiatoren die zweite Verfahrensstufe, das Volksbegehren.

Stimmberechtigte	Gültige Eintragungen	in %	Quorum
2.094.458	45.148	2,2	80.000 = 3,9 %

Landesabstimmungsleiter, Auflistung Volksbegehren, <https://wahlen.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.312944.de> (Zugriff 24.6.2018) sowie Presseinformation des Landesabstimmungsleiters Nr. 09/2016 vom 21.7.2016; <https://wahlen.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.451825.de> (Zugriff 24.6.2018).

Ergebnis: Das Volksbegehren ist nicht zustande gekommen.

F. Mecklenburg-Vorpommern, 20. April 2015 bis 1. Januar 2016

Volksbegehren „Für mehr Abstand zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung (10 H)“

Die Unterschriftensammlung begann am 20. April 2015. Da die erste Verfahrensstufe (Volksinitiative) in Mecklenburg-Vorpommern nicht zwingend notwendig ist, starteten die Initiatoren direkt mit dem Volksbegehren. Benötigt wurden 120.000 Unterschriften, es wurden jedoch keine Unterschriften eingereicht.

Stimmberechtigte	Gültige Eintragungen	in %	Quorum
1.373.932	unbekannt		120.000 = 8,9 %

Quelle: Homepage der Initiatoren <http://alteseite.freier-horizont.de/> (Zugriff 4.7.2018). Keine offizielle Bekanntmachung vorhanden, da die Unterschriften nie eingereicht wurden. Vgl. auch <https://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/22173-fache-windradkritik-id10176726.html> (Zugriff 4.7.2018).

Ergebnis: Das Volksbegehren ist nicht zustande gekommen.

G. Mecklenburg-Vorpommern, 20. April 2015 bis 1. Januar 2016

Volksbegehren „Für mehr Abstand zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung sowie der Küste (2-20)“

Die Unterschriftensammlung begann am 20. April 2015. Da die erste Verfahrensstufe (Volksinitiative) in Mecklenburg-Vorpommern nicht zwingend notwendig ist, starteten die Initiatoren direkt mit dem Volksbegehren. Benötigt wurden 120.000 Unterschriften, es wurden jedoch keine Unterschriften eingereicht.

Stimmberechtigte	Gültige Eintragungen	in %	Quorum
1.373.932	unbekannt		120.000 = 8,9 %

Quelle: Homepage der Initiatoren <http://alteseite.freier-horizont.de/> (Zugriff 4.7.2018). Keine offizielle Bekanntmachung vorhanden, da die Unterschriften nie eingereicht wurden. Vgl. auch <https://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/22173-fache-windradkritik-id10176726.html> (Zugriff 4.7.2018).

Ergebnis: Das Volksbegehren ist nicht zustande gekommen.

H. Berlin, 21. November 2016 bis 20. März 2017 (Volksbegehren),
24. September 2017 (Volksentscheid)

Volksbegehren „Flughafen Tegel – Berlin braucht Tegel“

Der Start der Unterschriftensammlung begann am 9. Dezember 2015. Die Initiatoren haben Anfang April 2016 insgesamt fast 24.000 gültige Unterschriften eingereicht (benötigt: 20.000). Da das Parlament sich mit dem Anliegen nicht befassete, beantragten die Initiatoren die zweite Verfahrensstufe.

Stimmberechtigte	Gültige Eintragungen	in %	Quorum
2.489.291	204.263	8,2	7 % = 174.251

Pressemitteilung der Landesabstimmungsleiterin Berlin vom 4. April 2017: https://www.wahlen-berlin.de/Abstimmungen/VB2016_Tegel/presse/20170404.pdf (Zugriff 24.6.2018).

Ergebnis: Das Volksbegehren ist zustande gekommen.

Am 24. September 2017 wurde – zugleich mit der Bundestagswahl – der Volksentscheid durchgeführt.

Die Fragestellung lautete: *„Der Flughafen Berlin-Tegel ‚Otto-Lilienthal‘ ergänzt und entlastet den geplanten Flughafen Berlin Brandenburg ‚Willy Brandt‘ (BER). Der Berliner Senat wird aufgefordert, sofort die Schließungsabsichten aufzugeben und alle Maßnahmen einzuleiten, die erforderlich sind, um den unbefristeten Fortbetrieb des Flughafens Tegel als Verkehrsflughafen zu sichern! – Stimmen Sie diesem Beschluss zu?“*

Stimm-berechtigte	Abgegebene Stimmen	in %	gültig	Ja	in %	Nein	in %
2.482.264	1.763.076	71,0	1.732.940	994.916	57,4	738.024	42,6

Bericht der Landesabstimmungsleiterin, Volksentscheid über den Weiterbetrieb des Flughafens Berlin-Tegel „Otto-Lilienthal“ (TXL) am 24. September 2017, https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2017/SB_B07-04-02_2017u00_BE.pdf (Zugriff 27.5.2018).

Ergebnis: Der Volksentscheid war erfolgreich im Sinne des Begehrens, das benötigte Zustimmungsquorum in Höhe von 25 Prozent wurde erreicht. Nachgeschichte: Da das Volksbegehren als unverbindliche Aufforderung an den Senat gerichtet war, prüfte die Landesregierung dessen Umsetzung. Der Berliner Senat sprach am 27. März 2018 dem Abgeordnetenhaus eine

Empfehlung aus, den Volksentscheid nicht umzusetzen. Dieses entschied wiederum am 14. Juni 2018, die Tegel-Schließung wie geplant umsetzen zu wollen. Die FDP als Hauptorganisator des Volksbegehrens hat mitgeteilt, vor dem Landesverfassungsgericht Klage einreichen zu wollen (vgl. Homepage der Initiatoren: <http://www.berlin-braucht-tegel.de/> [Zugriff 4.7.2018]).¹

I. Nordrhein-Westfalen, 5. Januar 2017 bis 4. Januar 2018

Volksbegehren „G9 jetzt in NRW“

Der Antrag auf Volksbegehren, der am 29. November 2016 mit rund 3.000 gültigen Unterschriften (3.000 benötigt) eingereicht wurde, wurde zugelassen.

Stimmberechtigte	Gültige Eintragungen	in %	Quorum
13,3 Mio.	Unbekannt, da vorzeitig beendet		8 % = 1.060.963

Ergebnis: Formal kam das Volksbegehren nicht zustande. Es wurde am 11. November 2017 vorzeitig beendet, da das Ziel als nicht mehr erreichbar erachtet wurde. Bis dahin wurden ca. 630.000 Unterschriften gesammelt.

Da die neu gewählte Landesregierung die Rückkehr zur neunjährigen Regelschulzeit mit Abitur in der Sekundarstufe II (G9) ab dem Jahr 2019 beschloss (also später als im Volksbegehren gefordert), kann dies als Teilerfolg gewertet werden (vgl. Homepage des Volksbegehrens, <https://www.g9-jetzt-nrw.de/volksbegehren.html>, [Zugriff 4.7.2018]).

J. Bremen, 24. September 2017

Parlamentsreferendum für die Verlängerung der Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre

Am 10. Mai 2017 beschloss die Bremische Bürgerschaft, ein Referendum zur Verlängerung der Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre anzusetzen. Am 24. September 2017 wurde – zugleich mit der Bundestagswahl – der Volksentscheid durchgeführt.

1 Vgl. hierzu den Landesbericht Deutschland von A. Pautsch in diesem Band.

Die Fragestellung lautete: „*Stimmen Sie dem nachfolgend abgedruckten Gesetzentwurf der Bürgerschaft (Landtag) ,Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Verlängerung der Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft‘ zu?*“

Stimm- berech- tigte	Abgege- bene Stimmen	in %	gültig	Ja	in %	Nein	in %
480.024	336.028	70,0	330.890	160.166	48,4	170.724	51,6

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Verlängerung der Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft, LT-Ds. 19/1068 vom 9.5.2017 sowie Plenarprotokoll LT-Ds. 19/43 vom 10.5.2017.

Informationsheft zum Volksentscheid:

https://www.bremische-buergerschaft.de/fileadmin/user_upload/Informationsmaterial/Informationsheft_zum_Volksentscheid_web.pdf (Zugriff 4.7.2018) sowie Amtliche Bekanntmachung des Landeswahlleiters vom 16. Oktober 2017, endgültiges Ergebnis des Volksentscheids: https://www.wahlen.bremen.de/sixcms/media.php/13/2017_10_12_ABL_Nr_0213_signed.pdf (Zugriff 24.4.2018).

Ergebnis: Der Volksentscheid war nicht erfolgreich im Sinne der Initiatoren (der Parlamentsmehrheit).

K. Saarland, 4. Oktober 2017 bis 3. Januar 2018

Volksbegehren zur Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums

Der Antrag auf Volksbegehren, der am 27. April 2017 mit insgesamt 5.500 Unterschriften (5.000 benötigt) eingereicht wurde, wurde zugelassen.

Stimmberechtigte	Gültige Eintragungen	in %	Quorum
775.474	29.401	3,8	7 % = 54.284

Bekanntmachung des Landes vom 8.3.2018: Ergebnis des Volksbegehrens zur Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums, in: Amtsblatt des Saarlandes, Teil I, Nr. 10/2018 vom 22.3.2018, S. 144–145.

Ergebnis: Das Volksbegehren ist nicht zustande gekommen.

L. Brandenburg, 29. August 2017 bis 28. Februar 2018

Volksinitiative „Bürger Nähe erhalten – Kreisreform stoppen“

Die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative begann am 1. November 2016. Die Initiatoren reichten am 14. Februar 2017 129.000 Unterschriften ein (benötigt: 20.000). Der Landtag lehnte am 18. Mai 2017 die Volksinitiative ab. Daraufhin beantragten die Initiatoren die zweite Verfahrensstufe, das Volksbegehren.

Der Landtag hat am 15. November 2017 (vgl. LT-Ds 6/7616 vom 15.11. 2017) die inhaltlichen Forderungen des Volksbegehrens vollständig anerkannt und das Leitbild zur Verwaltungsreform formell aufgehoben. Damit war das Ziel des Volksbegehrens erreicht. Das Volksbegehren wurde auf Antrag der Initiatoren vom Landtag mit Beschluss vom 31. Januar 2018 für erledigt erklärt und damit vor seinem regulären Ablauf am 28. Februar 2018 beendet. Es wurden insgesamt 56.114 Unterschriften gesammelt (vgl. Presseinformation des Landesabstimmungsleiters Nr. 16/2017 vom 29.11.2017: <https://wahlen.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.542223.de>, [Zugriff 24.6.2018]).